

So wird sich der Mindestlohn auf die Stadt auswirken

Abstimmungen Eine neue Umfrage zeigt: Wenn Zürich und Winterthur den Mindestlohn annehmen, werden manche Leistungen und Produkte teurer. Die Expertin erläutert dieses und weitere Resultate genauer.

Sabrina Bundi

Gerade sind auf dem Pult von Conny Wunsch die Ergebnisse einer aktuellen Unternehmensbefragung zu kantonalen Mindestlöhnen eingetroffen. Rund 1000 Unternehmen wurden befragt, teilgenommen haben zahlreiche Firmen schweizweit in Kantonen mit und ohne Mindestlohn – darunter viele aus der Stadt Zürich. Die Zürcher Resultate wurden im Hinblick auf die Abstimmungen vom 18. Juni separat ausgewertet.

Die Studie muss aber noch final verschriftlicht werden. Conny Wunsch, Professorin für Arbeitsmarktökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel, ordnet für uns die wichtigsten Resultate bereits jetzt ein.

Frau Wunsch, wo stehen Sie politisch?

Als Wissenschaftlerin bin ich politisch neutral und bringe meine Expertise in die politische Meinungsbildung ein. Zudem bin ich Quantitativforscherin. Das heisst, ich verlasse mich auf die Zahlen, die ich selber sehe.

Ich frage deswegen, weil die Wirtschaftswissenschaften zu gegensätzlichen Schlüssen kommen in der Frage, wie sich ein Mindestlohn auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Gegner wie Befürworter verweisen auf Studien, um ihre Anliegen zu untermauern.

Es gibt für fast jedes Argument eine passende Studie. Das liegt daran, dass verschiedene Studien Mindestlöhne in ganz unterschiedlichen Kontexten untersuchen. Ein Unternehmen hat viele Möglichkeiten, auf einen Mindestlohn zu reagieren. Das macht es schwierig, einzelne Effekte zu isolieren.

Wie berücksichtigen Sie in Ihrer Studie die vielen Möglichkeiten? Wir haben den Teilnehmenden eine ganze Reihe an Optionen zur Auswahl gegeben, wie sie auf die Einführung des Mindestlohns reagiert haben oder, in Kantonen wie Zürich ohne Mindestlohn, wie sie hypothetisch darauf reagieren würden. Zum Beispiel, ob sie ihr Geschäft in andere Kantone oder ins Ausland verlagert haben, ob Personen entlassen wurden, ob die Arbeitszeit reduziert wurde und so weiter. Bei den Antworten haben drei Resultate besonders herausgestochen.

Welche?

Ein substanzieller Teil der Unternehmen in Kantonen mit Mindestlohn hat die Preise ihrer Produkte erhöht. Die am zweithäufigsten genannte Massnahme ist, dass sie weniger neues Personal einstellen. Und als dritte Massnahme nennen die Unternehmen, dass sie weniger investieren. Unternehmen in Kantonen ohne Mindestlohn würden bei einer Einführung dieselben Massnahmen am häufigsten ergreifen.

Die Unternehmen haben geantwortet, dass sie Preise erhöht haben oder erhöhen



Conny Wunsch, Ökonomeprofessorin Uni Basel, erläutert Resultate zur Mindestlohn-Umfrage. Foto: Dominik Plüss

würden. Spiegelt Ihre Studie auch die Realität wider? Würden in Kantonen mit Mindestlöhnen Preise erhöht?

Es ist sehr schwierig, verlässlich festzustellen, ob ein Teil der Preissteigerungen in den Kantonen auf den Mindestlohn oder auf andere Faktoren zurückzuführen ist. Solche Kausalanalysen sind methodisch sehr anspruchsvoll. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zeit seit der Einführung kantonalen Mindestlohns von verschiedenen Krisen wie Corona, dem Ukraine-Krieg und der Energiekrise geprägt ist. Da ist zu viel gleichzeitig passiert.

Ist das Argument der Mindestlohngegner, höhere Lohnkosten würden auf Konsumentinnen und Konsumenten abgewälzt, berechtigt?

Ja, allerdings muss man sagen, dass die Hürden in der jetzigen Situation besonders klein sind, um die Preise anzuheben, da sie allgemein steigen. Die Konsumentinnen und Konsumenten akzeptieren im Moment Preiserhöhungen deshalb eher. Viele Unternehmungen im Niedriglohnbereich haben auch fast kei-

«Konsumentinnen und Konsumenten akzeptieren im Moment Preiserhöhungen eher.»

Conny Wunsch
Arbeitsmarktökonomin

ne andere Wahl, als die Preise anzuheben, weil sie meist kleine Margen haben und keine grossen Gewinne scheffeln.

Dafür kann man aber auch sagen, dass Geringverdienende erst mal nicht um ihre Jobs fürchten müssen, wenn die Vorlage angenommen wird?

Genau. Die meisten Unternehmen haben angegeben, dass sie ihr Personal nicht entlassen haben oder entlassen würden. Allerdings sind sie bei Neueinstellungen zurückhaltender, was sich negativ auf Stellensuchende auswirkt. Was mich etwas überrascht hat, war die dritte Aussage, dass Unternehmungen auf Investitio-

nen verzichten würden. Denn das wirkt sich auf ihre Wettbewerbsfähigkeit aus und gefährdet längerfristig die Existenz des Unternehmens. Wenn sie dann pleitegehen, gehen auch wieder Jobs verloren. Aber das passiert nicht sofort.

Wie viele Unternehmen wären wegen eines Mindestlohns gefährdet?

Das kann ich nicht abschätzen, dafür wäre eine längerfristige, quantitative Untersuchung nötig. Dafür gibt es die Mindestlöhne in den Kantonen noch nicht lange genug. Unternehmungen können höhere Lohnkosten kurzfristig relativ gut überbrücken, indem sie zum Beispiel mehr Praktikanten oder Lernende einstellen oder anderswo Kosten einsparen. Längerfristig kann es problematisch werden.

Wenn man die Jobs im Niedrigsegment jetzt schon mit einem Mindestlohn attraktiver machen würde, könnten die Probleme, welche mit dem Fachkräftemangel auf die Unternehmungen zukommen, abgemildert werden?

Ja, diese Jobs werden dann attraktiver. Aufgrund der regionalen Begrenzung der Mindestlöhne kann

es aber sein, dass sich das Problem nur verlagert.

Ein Kritikpunkt am Mindestlohn ist, dass er Gesamtarbeitsverträge aushebelt ...

Der Vorteil der Schweiz ist, dass die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern gut funktioniert. Wenn man einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn hat, nimmt man den Sozialpartnern die Möglichkeit, in schlechten Zeiten nach unten anzupassen.

Wären Gesamtarbeitsverträge ein besseres Mittel, um faire Löhne zu garantieren?

Der Vorteil von GAV ist, dass sie die spezifische Situation in den Branchen berücksichtigen. Ein regionaler Mindestlohn gilt für alle, egal welcher Branche es gerade gut geht und welcher weniger. Das nimmt den Unternehmungen etwas die Flexibilität. Aber so ist es immer, wenn man etwas staatlich reguliert, jedes Gesetz nimmt Spielraum weg.

Das klingt ein bisschen so, als würde nicht viel für den Mindestlohn sprechen...

Wer profitiert aber?

Das liegt an der Perspektive, die bisher auf die Reaktionen der Unternehmen fokussiert hat. Klar ist: Wer mehr Lohn erhält, profitiert natürlich davon. Ich unterstütze das Anliegen, dass Leute einen fairen Lohn bekommen. Wenn aber auf der Konsumentenseite die Zahlungsbereitschaft nicht da ist, wird es schwierig.

Würden die Menschen trotzdem ihren Kaffee trinken gehen, auch wenn er 20 Rappen teurer wäre?

Im jetzigen Umfeld schon. Wegen des Mindestlohns würde kein riesiger Preiskampf ausbrechen.

Besteht die Gefahr, dass ein Mindestlohn den Druck auf Arbeitnehmende erhöht? Zum Beispiel, weil Reinigungskräfte dieselbe Arbeit in weniger Zeit erledigen müssen?

Tatsächlich haben wir in der Studie nach solchen Möglichkeiten gefragt – aber Antworten wie beispielsweise «Pensum reduzieren» fielen deutlich seltener. In der Realität kann das aber je nach Branche natürlich anders aussehen. Gerade in der Reinigungsbranche ist Schwarzarbeit ein grosses Thema. In einem Restaurant aber kann man die gleiche Anzahl Kundinnen und Kunden nicht einfach schneller bedienen.

Erhöht ein Stadtzürcher Mindestlohn den Druck auf Firmen in den umliegenden Gemeinden?

Die Stadt wird mit besseren Löhnen natürlich attraktiver für Arbeitnehmende, und das könnte dazu führen, dass Firmen aus den umgebenden Gemeinden mehr Schwierigkeiten haben werden, Personal zu finden.

Das erhöht wiederum den Druck auf den Kanton, einen kantonsweiten Mindestlohn einzuführen?

Ja, das könnte eine Folge davon sein.

Gemeinderat Wädi Angst sagt Adieu

Prominenter Abgang Nach 21 Jahren ist Schluss. Das hat sich der amtierende AL-Gemeinderat Walter Angst gesagt und zieht sich auf die Sommerpause hin aus dem Stadtzürcher Parlament zurück. «Wädi», wie ihn alle nur nennen, hat schon länger mit dem Gedanken gespielt, sich aus dem Parlamentsbetrieb zurückzuziehen. Nun sei der Moment gekommen, lässt er sich im aktuellen Beitrag auf dem AL-Blog zitieren. Seine Fraktion sei im Gemeinderat so aufgestellt, dass sie sehr gut auch ohne ihn auskomme.

Während seiner mehr als zwanzigjährigen Tätigkeit im Gemeindeparlament ist Angst immer wieder mit analytischen und rhetorisch ausgefeilten Voten aufgefallen. Mehrmals versuchte er auch den Schritt in die Exeku-



Walter Angst freut sich auf mehr Freiheiten. Foto: Ela Çelik

tive. Nur knapp scheiterte er bei den Stadtratswahlen 2022, als er sich um den Sitz des ehemaligen Stadtrats und Parteikollegen Richard Wolff bewarb. Erstmals liess er sich 2010 für den Stadtrat aufstellen und unterlag deutlich. Auch keine Chance hatte er bei den Regierungsratswahlen 2019.

Im Austausch Pläne schmieden

Politisch aktiv bleiben will Angst aber dennoch. Die vergangenen Jahre im Parlament und die linke Bewegungsarbeit hätten ihn gelehrt, welche Hebel er betätigen und mit wem er reden müsse, um etwas zu bewirken. Davon wolle er auch künftig profitieren. Doch mit der neuen Freiheit als «Rosinenpicker», ohne Gemeinderatsamt. Er wird auch wieder dem AL-Vorstand beitreten. Damit will er die Kontinuität in seiner Partei gewährleisten und der sozialpolitischen Bewegung Wachstum garantieren.

Die Zeit will er auch für den Austausch mit allen nutzen, um neue Pläne zu schmieden. Angst ist der Überzeugung, dass politische Arbeit nur gemeinschaftlich gelingen kann.

Sophie Blaser rückt im Gemeinderat nach

Auch beruflich wird ihm die Arbeit nicht ausgehen. Als Co-Geschäftsleiter des Zürcher Mieterinnen- und Mieterverbandes würden ihn Themen wie die Wohnungsknappheit, die Verdrängung ganzer Bevölkerungsgruppen aus Quartieren und explodierende Mietpreise stark in Anspruch nehmen.

Für Walter Angst rückt Sophie Blaser in den Gemeinderat nach. Sie unterrichtet eine Kindergartenklasse im Sihlfeld und ist Präsidentin der Sektion Lehrberufe des VPOD Zürich. Natalie Eberle, welche in der vergangenen Legislatur im Gemeinderat sass und bei den Wahlen im Februar auf dem zweiten Platz der Wahlliste stand, verzichtet auf das Amt.

Ev Manz